



**Stadt Königsutter am Elm**

Es wird festgestellt und hiermit beglaubigt, dass die Abschrift der Begründung des Bebauungsplanes mit der vorgelegten Urkunde übereinstimmt.

Königsutter am Elm, 02.11.2015

Der Bürgermeister  
Im Auftrag

(Bädeker)



**Bebauungsplan "Kindertagesstätte Fischersteg"  
zugleich teilweise Aufhebung  
„An der Plantage, 1. Änderung und Erweiterung“  
sowie teilweise Aufhebung Innenbereichssatzung  
"Königsutter Nordost"**

(Änderung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

**Begründung**

Stand 24.6.2015

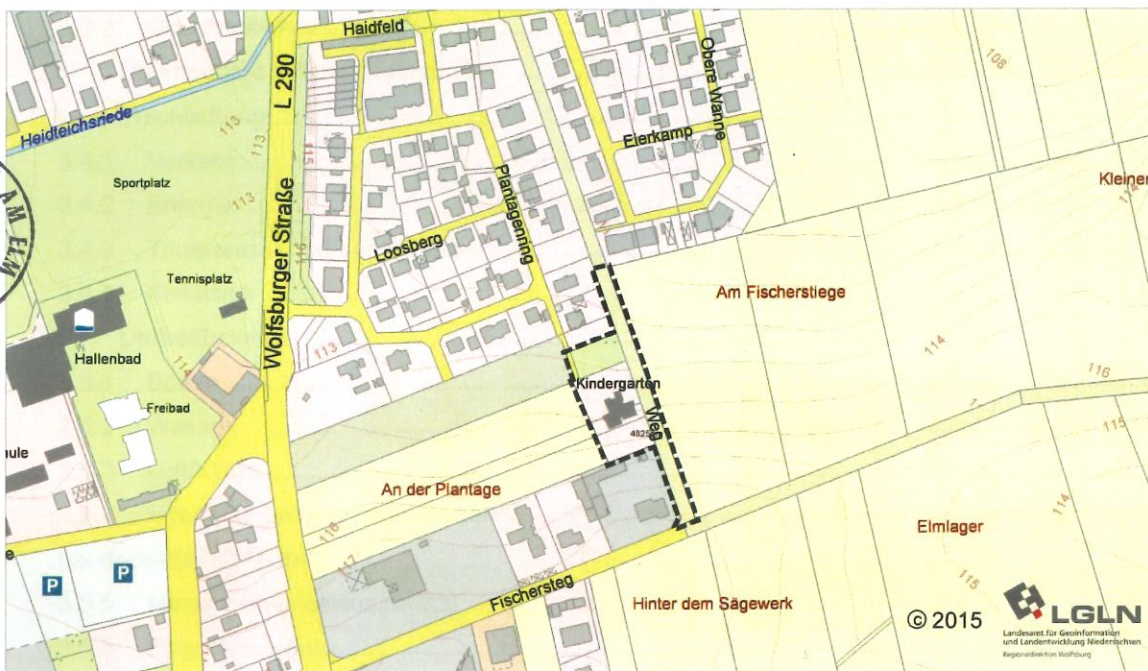


Abbildung 1: Übersicht des Geltungsbereichs 1:5.000, Quelle : AK5

Kontakt:

Bearbeitung:

**Stadt Königsutter am Elm  
Planungs- und Tiefbauamt**

**Niedernhof 7  
38154 Königsutter**

**Brokof & Voigts**

**Lindenplatz 1  
38373 Frellstedt  
05355 98911**



**Abschrift**

## Inhalt

1	Allgemeines .....	2
1.1	Anlass und Ziel der Planung .....	2
1.2	Lage und Größe des Geltungsbereiches .....	2
1.3	Verfahren .....	2
2	Planungsgrundlagen .....	3
2.1	Raumordnung .....	3
2.2	Flächennutzungsplan .....	3
2.3	Wirksame Bebauungspläne .....	3
2.4	Schutzgebiete .....	3
2.5	Landschaftsplanung .....	3
3	Planung .....	4
3.1	Art der baulichen Nutzung .....	4
3.2	Maß der baulichen Nutzung .....	5
3.2.1	Grundflächenzahl, zulässige Grundfläche .....	5
3.2.2	Geschossigkeit .....	5
3.3	Überbaubare Fläche, Baugrenzen .....	5
3.4	Erschließung .....	5
3.4.1	Verkehr .....	5
3.4.2	Energie .....	6
3.4.3	Trinkwasser und Löschwasser .....	6
3.4.4	Abwasser .....	6
3.5	Umweltbelange .....	6
3.5.1	Boden .....	6
3.5.2	Wasser .....	7
3.5.3	Luft/Klima .....	7
3.5.4	Arten und Lebensgemeinschaften .....	7
	Landschafts- (Orts-)bild .....	7
3.5.5	Mensch (Immissionsschutz) .....	7
3.5.6	Eingriffsregelung .....	8
3.5.7	Artenschutz .....	8



# 1 Allgemeines

## 1.1 Anlass und Ziel der Planung

In der Stadt Königslutter am Elm übersteigt zurzeit der Bedarf an Krippenplätzen das Angebot deutlich. Um dem gesetzlichen Anspruch auf einen Krippenplatz gerecht zu werden, muss die Stadt daher mindestens eine weitere Krippengruppe in ihren Einrichtungen schaffen.

Aus dem Bestand heraus könnte es sich aufgrund der nicht vollen Auslastung der Kindergärten in Bornum und Lelm anbieten, eine Einrichtung in eine Krippe umzuwandeln. Aufgrund der räumlichen Gegebenheiten (Treppensituation zu den Toiletten in Lelm und mangelnde Raumkapazitäten für einen Schlafraum in Bornum) ist dieses jedoch nicht möglich.

Auch der Umbau der Außenstelle "Grundschule Lauingen" zu einer Kinderkrippe ergibt sich kurzfristig nicht, da der Grundschulbetrieb aufgrund der Schülerzahlen und der möglichen Klassenbildungen weiterhin gesichert ist.

Unabhängig davon fehlen weitere Krippenplätze vorrangig in der Kernstadt Königslutter. Durch die geplanten Baugebiete "Am Fischerstiege" und "In den Gärten" wird in der Kernstadt ein weiterer Bedarf erwartet. Im Hinblick darauf soll nun die bereits beim Bau des Kindergartens Fischersteg vorgesehene Option zur Erweiterung des Gebäudes genutzt werden. Dazu gehört auch die Erweiterung des Außenbereichs um die Fläche des vor ca. 5 Jahren aufgegebenen öffentlichen Spielplatzes. Hierfür ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich.

## 1.2 Lage und Größe des Geltungsbereiches

Der Geltungsbereich befindet sich am nordöstlichen Ortsrand von Königslutter, nördlich der Straße Fischersteg und wird mit einer kleinen Stichstraße über diesen erschlossen. Südlich angrenzend befindet sich ein Dachdeckerbetrieb und nördlich Wohnbebauung. Im Osten und Westen liegen zurzeit landwirtschaftlich genutzte Flächen. Für die östlich angrenzende Fläche wird zurzeit ebenfalls ein Bebauungsplan aufgestellt, mit dem ein Wohnbaugebiet geschaffen werden soll.

Die Größe des Geltungsbereichs beträgt 0,48 ha.

## 1.3 Verfahren

Der Bebauungsplan dient der Innenverdichtung und wird gemäß § 13a Abs. 1 Nr. 2 BauGB im beschleunigten Verfahren aufgestellt. Die zulässige Grundfläche des vorliegenden Bebauungsplans beträgt ca. 1.892 m<sup>2</sup>.

Im vereinfachten Verfahren wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4, von dem Umweltbericht nach § 2a, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 Satz 3 und § 10 Abs. 4 abgesehen; § 4c ist nicht anzuwenden. Bei der Beteiligung der Bürger und der Träger öffentlicher Belange ist darauf hinzuweisen, dass von einer Umweltprüfung abgesehen wird.

Mit dem Aufstellungsbeschluss wurde bekanntgemacht, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 aufgestellt werden soll, einschließlich der hierfür wesentlichen Gründe.

Ferner kann ein Bebauungsplan, der von Darstellungen des Flächennutzungsplans abweicht, auch aufgestellt werden, bevor der Flächennutzungsplan geändert oder ergänzt ist; die geordnete städtebauliche Entwicklung des Gemeindegebiets darf nicht beeinträchtigt werden. Der Flächennutzungsplan ist im Wege der Berichtigung anzupassen. (siehe hierzu Abschnitt 2.2).

## 2 Planungsgrundlagen

### 2.1 Raumordnung

Im Regionalen Raumordnungsprogramm für den Großraum Braunschweig von 2008 (RROP 2008) ist Königslutter als Grundzentrum mit den besonderen Entwicklungsaufgaben Erholung und Tourismus ausgewiesen. Zu den Aufgaben eines Grundzentrums gehört die Sicherung und Entwicklung eines angemessenen Angebots an Wohnstätten und Wohnbauland. Ein umfassendes Wohnbaulandangebot bedarf auch einer ausreichenden Versorgung im Bereich der kommunalen Kinderbetreuung.

Für den Geltungsbereich selbst ist keine raumordnerische Bedeutung festgelegt.

### 2.2 Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan der Stadt Königslutter stellt für den Geltungsbereich gemischte Baufläche sowie für das Wegeflurstück Wohnbaufläche dar. Da Anlagen für soziale Zwecke im Mischgebiet allgemein zulässig sind und der Standort des Kindergartens im FNP durch eine Symboldarstellung städtebaulich eingeordnet wurde, kann die geplante Festsetzung „Sozialen Zwecken dienende Einrichtung, Kindergarten“ aus dem wirksamen FNP entwickelt werden.

Eine Änderung des FNP oder auch eine Berichtigung im Rahmen des Verfahrens nach § 13 a BauGB sind daher nicht erforderlich.

### 2.3 Wirksame Bebauungspläne

Der Geltungsbereich des vorliegenden B-Plans ist mit der Innenbereichssatzung „Königslutter Nordost“ bereits überplant. Damit wurde das Kindergartengrundstück in den Innenbereich einbezogen und die Art der baulichen Nutzung mit „Gemeinbedarfsfläche, Kindergarten“ festgelegt.

Weiterhin besteht im Norden des Geltungsbereichs die 1. Änderung und Erweiterung des B-Plans „An der Plantage“, der im Geltungsbereich des vorliegenden B-Plans eine öffentliche Grünfläche „Spielplatz“ festsetzt. Nördlich des Spielplatzes ist private Grünfläche und daran anschließend ein allgemeines Wohngebiet festgesetzt.

Der Bebauungsplan Haidfeld I setzt nordöstlich des Geltungsbereichs Wohnbauflächen fest. Für das Wegeflurstück, das direkt an den Geltungsbereich anschließt und in dem ein befestigter Fußweg bis zur Straße Haidfeld führt, ist eine öffentliche Grünfläche festgesetzt.

### 2.4 Schutzgebiete

Im Plangebiet bestehen keine Schutzgebiete nach dem Naturschutz- oder Wasserrecht.

### 2.5 Landschaftsplanung

Der Landschaftsrahmenplan des Landkreises Helmstedt enthält für den Planbereich keine besonderen Hinweise oder Zielsetzungen.

Der Landschaftsplan der Stadt Königslutter am Elm weist für die Stichstraße und die nördlich anschließende fußläufige Wegeverbindung das Ziel aus, Gehölzbestände zu entwickeln bzw. zu erhalten.



### 3 Planung

#### 3.1 Art der baulichen Nutzung

Im Geltungsbereich soll eine Erweiterung des vorhandenen Kindergartens um eine Krippengruppe erfolgen. Damit geht eine erhebliche bauliche Erweiterung der Einrichtung einher, die bisher zwei Kindergartengruppen umfasst. Notwendig werden neben dem neuen Gruppenraum ein Bewegungsraum, ein Wasch- und Schlafrum sowie Räume für Mitarbeiter und Lager.

Der eingeschossige Erweiterungsbau soll eine Grundfläche von ca. 350 m<sup>2</sup> haben.

Darüber hinaus wird das Freigelände erweitert.

Neben den Stellplätzen für Mitarbeiter sollen auch zusätzliche Stellplätze für Eltern angeboten werden, die ihre Kinder zur Einrichtung bringen. Aufgrund des geringeren Alters der Krippenkinder ist von längeren Parkzeiten, also von einem erhöhten Bedarf auszugehen. Die geplanten Stellplätze, deren Lage in Abbildung 2 zu erkennen ist, sind nicht Bestandteil des vorliegenden B-Plans. Sie befinden sich im angrenzenden Geltungsbereich des B-Plans „Am Fischerstiege“ und werden dort als öffentliche Stellplatzfläche festgesetzt.



Abbildung 2: Städtebaulicher Entwurf

Die Baufläche wird dementsprechend als „Gemeinbedarfsfläche: Sozialen Zwecken dienende Einrichtung, Kindergarten“ festgesetzt.

Der Spielplatz, der jetzt überplant wird, wurde bereits vor 5 Jahren zurückgebaut. Die Stadt beabsichtigt auch in Zukunft hier keinen Spielplatz mehr einzurichten, da seit 2010 ein Konzept verfolgt wird, die Anzahl der Spielplätze aus der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung heraus zu verringern. Auf einen Spielplatz kann in diesem Bereich verzichtet werden, da hier eine aufgelockerte Einfamilienhausbebauung dominiert, die zu den Wohneinheiten jeweils Freiflächen für das Spielen bietet. Der nächstgelegene Spielplatz für die Bewohner des B-Plangebietes „Haidfeld I“ liegt am Schoderstedter Ring, bis zu 340 m entfernt. Für die Bewohner des B-Plangebietes „An der Plantage“ beträgt die Entfernung bis zu 520 m. Insofern stellt die geplante Erweiterung der Kindertagesstätte eine geeignete Folgenutzung für diese Fläche dar.

Tab. 1: Art der baulichen Nutzung

Art der baulichen Nutzung	Flächengröße
Gemeinbedarfsfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB) Sozialen Zwecken dienende Einrichtung, Kindergarten	3.154 m <sup>2</sup>

## 3.2 Maß der baulichen Nutzung

### 3.2.1 Grundflächenzahl, zulässige Grundfläche

Die Grundflächenzahl wird im Geltungsbereich mit einem Wert von 0,6 festgesetzt.

Damit wird die geplante Erweiterung ermöglicht und darüber hinaus noch Potential für spätere bauliche Erweiterungen oder Flächenversiegelungen eingeräumt.

Tab. 2: Grundflächenzahl, zulässige Grundfläche, zulässige Versiegelung

GRZ	0,6
zulässige Grundfläche	1.892 m <sup>2</sup>
zulässige Versiegelung	2.523 m <sup>2</sup>

### 3.2.2 Geschossigkeit

Die zulässige Anzahl der Vollgeschosse wird mit 1 festgesetzt. Dies entspricht dem Bestand und der vorliegenden Erweiterungsplanung sowie dem im nördlich angrenzenden B-Plangebiet „An der Plantage“ festgesetzten Wert.

Tab. 3: Geschossigkeit

Zulässige Anzahl der Vollgeschosse	1
------------------------------------	---

## 3.3 Überbaubare Fläche, Baugrenzen

Die überbaubaren Flächen werden mittels Baugrenzen festgesetzt. Zum Rand der Baufläche hält die Baugrenze im Norden, Osten und Süden einen Abstand von 5 m und im Westen von 3 bis 5,5 m.

## 3.4 Erschließung

### 3.4.1 Verkehr

Die vorhandene Kindertagesstätte ist verkehrlich erschlossen. Die Stichstraße hat eine Breite von ca. 4 m und weist auf der westlichen Seite einen Fußweg sowie einen kombinierten Park-/Grünstreifen auf. Auf der östlichen Seite ist ein unbefestigter Seitenstreifen vorhanden. Die Wendeanlage hat einen Durchmesser von 13,6 m, so dass größere Fahrzeuge nur durch Zurücksetzen wenden können. Aufgrund der geringen Breite der Straße ist ein Begegnungsfall PKW/LKW nicht möglich ohne den unbefestigten Seitenstreifen zu nutzen.



Durch die geplante Erweiterung des Kindergartens wird der PKW-Verkehr zu den Bring- und Abholzeiten merklich erhöht, was jedoch keine Beeinträchtigungen der Sicherheit des Verkehrs erwarten lässt.

Die Erweiterung ist jedoch auch mit einem erhöhten Bedarf an öffentlichen Stellplätzen verbunden. Aus diesem Grund sollen im benachbarten Plangebiet des B-Plans „Am Fischerstiege“ 12 öffentliche Stellplätze geschaffen werden (siehe Abbildung 2).

Durch die geplante Stellplatzanordnung im benachbarten Plangebiet mit einer Fahrgasse von 6 m Breite wird das Wenden durch Zurücksetzen insbesondere für sehr große Fahrzeuge deutlich erleichtert.

### **3.4.2 Energie**

Netzbetreiber für elektrische Energie sind die Avacon AG und für Erdgas die Stadtwerke Königslutter GmbH. Der Kindergarten ist bereits an die vorhandenen Versorgungsnetze angebunden.

### **3.4.3 Trinkwasser und Löschwasser**

Versorgungsträger für Trinkwasser sind die Stadtwerke Königslutter. Der Kindergarten ist bereits an das Trinkwassernetz angebunden.

Die Löschwasserversorgung im Geltungsbereich kann insbesondere über Hydranten in den Straßen „Plantagenring“ und „In der Wanne“ sichergestellt werden. Die Stadt geht von einem Löschwasserbedarf von 48 m³/h über 2 Stunden aus.

### **3.4.4 Abwasser**

Für die Entsorgung des Abwassers ist der Abwasserbeseitigungsbetrieb der Stadt Königslutter am Elm zuständig. Der Kindergarten ist in südlicher Richtung an den Schmutzwasserkanal im Stichweg angeschlossen.

Das Niederschlagswasser des Kindergartens versickert auf dem Grundstück. Auch das Niederschlagswasser der Erweiterungsflächen soll auf dem Grundstück selbst zur Versickerung gebracht werden.

## **3.5 Umweltbelange**

### **3.5.1 Boden**

Im Planbereich stehen tiefgründig Feinsande über Kies an. Die Bodenkarte gibt holozänen Kalktuff als anstehendes Gestein an (Pararendzina). Die landwirtschaftliche Ertragsfähigkeit ist mit „mittel“ einzustufen.

Durch die geplante Erweiterung des Kindergartens wird es auf der betroffenen Grundfläche zur Beseitigung des Oberbodens und damit der Bodenzönose kommen. Wichtige Bodenfunktionen wie u.a. die Ertragsfunktion, die Filter- und Pufferfunktion werden beeinträchtigt oder vollständig ausgesetzt. Der Boden im Planbereich erfüllt natürliche Funktionen (bzw. hat Potential) als:

- a) Lebensgrundlage und Lebensraum für Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen,
- b) Bestandteil des Naturhaushalts, insbesondere mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen,
- c) Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium für stoffliche Einwirkungen auf Grund der Filter-, Puffer- und Stoffumwandlungseigenschaften, insbesondere auch zum Schutz des Grundwassers.

Durch die geplante Versiegelung werden diese Funktionen vollständig ausgesetzt. Besondere Funktionen als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte sind dem Boden im Planbereich nicht zuzurechnen.

### 3.5.2 Wasser

Oberflächengewässer sind im Geltungsbereich nicht vorhanden. Der Standort ist grundwasserfern.

Die zukünftig zulässige Versiegelung durch den vorliegenden Bebauungsplan beeinträchtigt das Schutzgut Wasser vor allem mittelbar durch die Verringerung der Grundwasserneubildung und der Filtration. Eine Erhöhung von Abflussspitzen in Oberflächengewässern wird durch die geplante Regenwasserversickerung vermieden.

### 3.5.3 Luft/Klima

Das Plangebiet hat keine besonderen siedlungsklimatischen Merkmale oder Funktionen. Es ist nicht mit besonderen Immissionen zu rechnen, da sich in den angrenzenden Gewerbeflächen keine Betriebe mit hohen Luftschadstoffemissionen befinden.

Die zukünftig zulässige Versiegelung durch den vorliegenden Bebauungsplan beeinträchtigt das Schutzgut Luft/Klima vor allem mittelbar durch die Verringerung des klimatischen Retentionsvermögens. Insofern geht die besondere klimaökologische Stellung des Gebiets verloren. Weitreichende Auswirkungen auf klimatische Wirkräume des Siedlungsbereichs sind nicht zu erwarten.

### 3.5.4 Arten und Lebensgemeinschaften

Der Geltungsbereich wird vom vorhandenen Kindergartengrundstück geprägt, das randliche Anpflanzungen und Scherrasen als Spielflächen aufweist. Durch einen Fußweg getrennt befindet sich weiter nördlich eine locker mit Gehölzen bestandene Grünfläche, ein ehemaliger Spielplatz. Im Geltungsbereich wurde eine Biotoptypenerfassung durchgeführt, die in der Anlage dargestellt ist. Es wurden keine Biotoptypen mit besonderem Wert für den Naturhaushalt erfasst. Die Gras- und Staudenflur des ehemaligen Spielplatzes und die dortigen Gehölzbestände sind der Wertstufe III zuzuordnen (von allgemeiner Bedeutung).

Die Stichstraße vom Fischersteg zum Kindergarten weist Pflanzinseln mit Laubbäumen und auf der östlichen Seite einen unbefestigten Seitenstreifen auf.

Weiterhin wurden die Brutvögel im Gebiet erfasst. Von den fünf im Gebiet brütenden Arten ist keine Art nach BNatSchG streng geschützt, im Bestand gefährdet oder wird auf der Vorwarnliste geführt. Näheres ist im Bericht der naturschutzfachlichen Untersuchungen (Anlage) nachzulesen.

Durch die geplante Erweiterung der Kindertagesstätte werden die vorhandenen Biotope beseitigt. Gehölze werden soweit wie möglich erhalten und in die Planung des Kita-geländes einbezogen. Eine Beeinträchtigung der Brutstätten einheimischer Vogelarten darf nicht erfolgen (siehe Abschnitt 3.5.7).

### Landschafts- (Orts-)bild

Der Kindergarten befindet sich am derzeitigen Ortsrand und ist über seine randliche Bepflanzung gut in das Ortsbild eingefügt. Ferner trägt der Gehölzbestand des ehemaligen Spielplatzes zur Ortsrandgestaltung bei.

Die für das nächste Jahr zu erwartende Bebauung der östlich angrenzenden Ackerfläche werden die Sichtbeziehungen aus der freien Landschaft unterbrochen, so dass die zu erwartende zusätzliche Bebauung und der damit verbundene Verlust an Gehölzen nur sehr begrenzt wahrnehmbar sein wird.

### 3.5.5 Mensch (Immissionsschutz)

Für den vorhandenen Kindergarten sind keine Immissionskonflikte bekannt. Die Erweiterung wird jedoch in verschiedener Hinsicht Veränderungen mit sich bringen.

Die Einrichtung einer Krippengruppe ist mit der Schaffung eines Schlafraumes verbunden. Das Ruhebedürfnis der Krippengruppe löst einen höheren Schutzanspruch aus, als die Kindergartengruppen, die keine Mittagsruhe halten. Aus schalltechnischen Untersuchungen zum B-Plan-Verfahren „Am Fischerstiege“ ist bekannt, dass der Dachdeckerbetrieb im Zusammenwirken mit den weiteren Gewerbeflächen südlich des Fischerstegs erhebliche Lärmimmissionen verursacht.

Aus dem Hochbauentwurf zur Erweiterung der Kindertagesstätte ist jedoch bekannt, dass der Schlafrum im Westen des Erweiterungsbaus mit nach Westen ausgerichteten Fenstern entstehen



wird, so dass ein Schallschutz durch architektonische Selbsthilfe vermutlich schon gegeben ist oder aber mit geringem Aufwand zu erreichen sein wird, so dass Lärmimmissionen des südlich gelegenen Dachdeckerbetriebes die Schlafruhe nicht erheblich stören werden. Ggf. sind detaillierte Betrachtungen hierzu auf der Ebene des Baugenehmigungsverfahrens zu ergänzen. Für die Ebene des Bauleitplanverfahrens kann davon ausgegangen werden, dass geeignete Lösungen zur Konfliktbewältigung auf der nachfolgenden Genehmigungsebene bestehen.

Der Lärm, der von der Kindertagesstätte, insbesondere von den im Freigelände spielenden Kindern ausgeht, ist von den benachbarten Anwohnern im allgemeinen Wohngebiet hinzunehmen. Schon im allgemeinen Wohngebiet sind Kindergärten als Anlage für soziale oder gegebenenfalls auch kirchliche Zwecke generell zulässig. Im vorliegenden Fall besteht eine städtebauliche Gemengelage. Der Kindergarten befindet sich zwischen der gewerblichen Nutzung im Süden und dem allgemeinen Wohngebiet im Norden. Auch für die östlich und westlich gelegenen landwirtschaftlichen Flächen ist die Entwicklung von Wohngebieten geplant. Die Nähe zu Wohngebieten ist andererseits anzustreben, da gerade dort ein unmittelbares Bedürfnis für eine Kindertagesstätte besteht. Der Standort der Kindertagesstätte ist in dieser Hinsicht günstig gelegen, da er aus größeren vorhandenen und geplanten Wohnbaugebieten fußläufig zu erreichen ist.

Insofern ist das Heranrücken der Kindertagesstätte an die nördlich gelegene Wohnbebauung für die dortigen Anwohner zumutbar.

Von den benachbarten landwirtschaftlichen Flächen sind typische Lärm- und Staubimmissionen durch die Bewirtschaftung zu erwarten. Es ist jedoch von einer verträglichen Nachbarschaft von Ackerflächen und Kindertagesstätte auszugehen.

### 3.5.6 Eingriffsregelung

In den vorausgehenden Abschnitten werden die voraussichtlichen Auswirkungen der geplanten Nutzung auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild erläutert. Dabei sind insbesondere für den Boden und die Arten und Lebensgemeinschaften Beeinträchtigungen zu erwarten.

Da es sich bei der vorliegenden Planung um einen Bebauungsplan der Innenverdichtung nach § 13 a Abs. 1 Nr. 1 BauGB handelt, sind Eingriffe als „im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 5 BauGB vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig“ anzusehen (§ 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB). Eine Kompensation ist demnach nicht erforderlich.

### 3.5.7 Artenschutz

Maßnahmen des Artenschutzes ergeben sich aus dem Bestand an Brutstätten einheimischer Vogelarten, die nach dem Naturschutzgesetz besonders geschützt sind. Damit ein Eintreten der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG vermieden wird, muss eine Bauzeitenregelung erfolgen, die das Entfernen von Gehölzen und den Beginn der Bauausführungen zur Erschließung des B-Plangebietes nur außerhalb der Brutzeit zwischen dem 01.09. und dem 28./29.02. des Folgejahres erlaubt. Dies betrifft auch den evtl. erforderlichen Abriss der vorhandenen Bebauung, weil dort potenzielle Brutplätze des Haussperlings vorhanden sind.

---

Die Begründung wurde unter Behandlung / Berücksichtigung der zu dem Bauleitplanverfahren ergangenen Stellungnahmen in der Sitzung am 16.7.2015 durch den Rat der Stadt Königslutter beschlossen.

Königslutter, den 9.9.2015

gez. Hoppe

Der Bürgermeister